

Schwächenzeichen gibt, nun, dann sind ja militärische Siege das beste Mittel, diese Meinung gründlich zu widerlegen. Gerade in dieser Hinsicht kann es auch ein Anhänger des Verständigungsgedankens nur begrüßen, wenn die deutsche Antwort an den Papst zeitlich zusammenfällt mit der erfolgreichen Defensive der Mittelmächte in Flandern und am Jönzo, mit den Siegen von Riga und Jakobstadt. Natürlich hindern diese Waffentaten nicht die „Deutschen Tageszeitungen“ der Engländer und Franzosen, von neuem das Lied von Deutschlands droht bevorstehenden Zusammenbruch und der „letzten Viertelstunde“ anzustimmen, aber sie hindern die große Masse der englischen und französischen Bevölkerung, diesen Sirenenlauten Glauben zu schenken. Mit derartigen Redensarten kann man ein Volk wohl einmal oder zweimal beschwären. Aber wenn die Fristen solcher Prophezeiungen immer wieder ablaufen, ohne daß beim Gegner die vorausgesagte Katastrophe eintritt, dann fühlt auch der Dummste, daß er an der Nase herumgeführt worden ist.

Wir behaupten umgekehrt: sind die Feinde von einer nah in Aussicht stehenden Katastrophe Deutschlands überzeugt, dann würde sie von diesem Wahn nichts weniger heilen als selbst ein halbes Schock in alldeutschem Stil und Geist abgefahener diplomatischer Krastnoten. Denn das weiß jedes Kind, daß man, um große Worte zu machen, keiner innere Kraft bedarf. Gerade die blutigsten alldeutschen Kriegsverlängerungs- und Verschmetterungsresolutionen werden ja meist von denen abgefaßt und angenommen, die persönlich am wenigsten zu Deutschlands Behauptung gegen die feindliche Uebermacht beigetragen haben. Aber gewisse Seimfrieger unterliegen leicht einer eigentümlichen Suggestion: Weil sie die meisten Fahnen herausstrecken und am lautesten Hurra schreien, wenn irgendwo ein Sieg erkochten wurde, bilden sie sich schließlich ein, daß sie die Helden wären, die alles zustande gebracht hätten.

Ist es zur Herbeiführung einer Verständigung wirklich notwendig, die Feinde von Deutschlands ungebrochener Kraft zu überzeugen, dann erscheint gerade dem Verständigungsfreunde ein Sieg von Riga oder Jakobstadt noch immer als ein zehnmal wirksameres Mittel als selbst das lauteste Gebüll des Reventlöwen.

Dazu aber kommt ein zweites Moment: die Verschlebung der tatsächlichen Lage durch jeden deutschen Sieg. Die Alldeutschen behaupten allerdings, daß jede neue Besetzung feindlichen Gebietes mit Notwendigkeit vom Verständigungsfrieden wegführe. Denn Deutschland sei ohne einen Sieger und je mehr sich die Kriegskarte zu seinen Gunsten verschiebe, desto mehr könne und werde es bei Friedensschluß fordern.

Wir wissen aber, daß die Behauptung des deutschen Sieges von unseren Gegnern, namentlich von den französischen und englischen „Alldeutschen“, keineswegs anerkannt wird. Sie vertreiben neben der sichtbaren Kriegskarte auch auf die „unsichtbare“. Sie sagen: Es ist richtig, daß Ihr Belgien, Nordfrankreich, Rumänien, Serbien, Polen, Litauen usw. besetzt habt. Aber dafür halten wir Euch blockiert, von allen Seiten eingeschlossen, und wenn Ihr auch noch dieses und jenes Stück Landes besetzt, — aus der Umklammerung kommt Ihr nicht heraus. Wir haben die Herrschaft der Meere, das Bündnis fast der ganzen Welt, unendliche Reserven an Menschen und Material, dazu die deutschen Kolonien, Mesopotamien, Armenien besetzt, und das sehen wir als mehr an.

Man mag hierüber urteilen, wie man will, soviel ist sicher, daß bei unseren Feinden gewisse Kreise ehrlich glauben, daß die Position der Entente die bessere sei. Und eben daraus erklärt sich das groteske Schauspiel, daß die Alldeutschen hüben und drüben jeder mit der Behauptung, seine Partei hätte gestiegt, von der anderen Seite Entschädigungen und Gebietsabtretungen fordern. Aus dieser Situation aber ergibt sich auch, wie berechtigt der Standpunkt ist, die besetzten Gebiete als Faustpfänder, nicht als Eroberungen zu betrachten, die lediglich dafür zu halten haben, daß bei Friedensschluß auch die zu unseren Ungunsten stehende „unsichtbare Kriegskarte“ wieder ins richtige Gleichgewicht gebracht wird. Behauptet der Gegner, wie es der Fall ist, daß sein Vordringen der größere sei und daß bei Aufrechnung ein Ueberfluß zu seinem Gunsten bleibe, nun dann muß ja mit jeder Vergrößerung des deutschen Vordringens auch in der gegnerischen Rechnung dieser vermeintliche Ueberfluß immer geringer werden. Das bedeutet, daß sogar den „Alldeutschen“ auf der anderen Seite der Friede ohne Entschädigung und ohne Anzweiflung immer mehr als der tatsächlichen Sachlage entsprechend erdienen wird.

Es gibt also keinen Grund, weshalb ein ehrlicher Anhänger des Verständigungsfriedens deutsche Waffenerfolge nicht begrüßen sollte. Höchstens einen: Wenn er nämlich sieht, wie gewisse Kreise bei jedem deutschen Sieg versuchen, das deutsche Volk in einen Hauch- und Laumelzustand zu versetzen, der es um das klare Denken und um die ruhige Ueberlegung bringt. Wir mißgönnen niemandem die Siegesfreude. Wir empfinden sie selbst, denn wir fühlen und erleben seit Kriegsbeginn innerlich die ungeheure Gefahr, in der sich das deutsche Volk im Kampfe gegen die ungeheure Uebermacht zu jeder Stunde des Krieges befindet, und die so groß ist, daß sie auch durch die gewaltigsten Siege nur vermindert, nicht aber gänzlich beseitigt wird. Es ist noch immer jenes ungeheure Aufatmen der Befreiung von einer schrecklichen Sorge, wie es nach der Schlacht von Tannenberg durch das deutsche Volk ging; es kann und wird während dieses Krieges nichts anderes sein. Das liegt in dem Verteidigungscharakter, den dieser Krieg auch dann noch für Deutschland hat, wenn seine Heere dreihundert Kilometer jenseits der Grenze stehen.

Aber aus eben dieser Erwägung empfinden wir es auch als ein leichtfertiges Spiel mit den Interessen des deutschen Volkes, wenn eine gewisse Presse nach jedem Sieg Töne anschlägt, als seien jetzt die Gegner endgültig besiegt und auf die Knie gezwungen, als gelte es nur auszurufen: „Das und das wollen wir behalten!“, um es behalten zu können. Der deutsche Sieg ist dem Verständigungsgedanken nicht gefährlich, nur der zügellose und künstlich genährte Siegesrausch, vor ihm gilt es das deutsche Volk in seinem eigenen Interesse, damit es nicht eines Tages schmerzlich enttäuscht aufwache, zu bewahren.

Keine neue Friedensnote des Papstes.

Wien, 23. September. Das „Armenenblatt“ erklärt: Entgegen der römischen Meldung, der Papst werde Ende September eine neue, mehr ins Einzelne gehende Friedensnote an die Kriegsführenden richten, wird in hiesigen unterrichteten politischen Kreisen berichtet, daß eine solche Absicht nicht bestehen dürfte. Es sei wenigstens hier nichts davon bekannt.

Schwere Zeiten für Lloyd George.

Opposition der Arbeiter.

Bern, 22. September. Der Londoner Berichterstatter der „Westminster Gazette“, vordem das Organ der Regierung Asquith-Gren, schreibt, das Kabinett Lloyd Georges gehe anscheinend schwierigen Zeiten entgegen. Ueberall höre man abfällige Kritiken, die man noch vor einigen Wochen nicht gehört habe. Möglicherweise sei es nur eine Folgeerscheinung der Enttäuschung über die lange Kampfpause an der Westfront. Bezeichnenderweise komme die herrschende Ugluzriedenheit allmählich auch in der Presse zum Ausdruck. Der sich jetzt bemerkbar machende jänkische Ton beruhe fraglos auf der Ueberzeugung, daß es dem Kabinett an Schaffenskraft und Kongenitierung auf seine Aufgaben gedrehe. Zweifellos habe sich die Lage durch den teilweisen Bruch mit der Arbeiterschaft verschlechtert. Noch stehe zwar die Arbeiterpartei nicht offen in der Opposition, aber die Regierung gebe sich in dieser Beziehung keinen Illusionen hin. Die jüngeren Parteiführer, die ein viel größeres Ansehen als die Älteren genossen, seien durchweg für den völligen Bruch und fürchteten auch keineswegs die Folgen einer allgemeinen Neuwahl. Diese Situation sei zweifellos einer gewissen Schwäche und Unentschlossenheit der Regierung zuzuschreiben. Ein anderer Faktor sei der, daß viele Unionisten in der Abnahme des vollen Vertrauens in Lloyd George eine günstige Aussicht für ihre eigenen Parteibestrebungen erblickten. Für sie habe der Wert Lloyd Georges darin gelegen, daß er der Regierung die Unterführung der Arbeiterschaft und eines bedeutenden Teils der Liberalen sicherte. Aber wenn eine derartige Unzufriedenheit um sich griffe, würden sie sicherlich den ersten Platz in der Regierung für einen ihrer Führer, vermutlich Volkour oder Bonar Law fordern, wiewohl keiner von beiden sich dazu drängen werde, unter den dann sich ergebenden Umständen Lloyd Georges Erbschaft anzutreten.

John Burns Prophezeiung.

Eine verspätet eingetroffene Nummer der sozialistischen „Justice“ erzählt: „Der Donner der Geschütze in dem großen europäischen Kriege hat die einst so mächtige Stimme des bemerkenswerten Arbeiterpolitikers, den England bisher hervorgebracht hat, des Abgeordneten für Battersea, John Burns, zum Schweigen gebracht. Als er mit Trevelhan und Morley in jener Kabinettsitzung (August 1914) zurückgetreten war, bestieg er eine Tramway, um nach Hause zu fahren. Der Schaffner erkannte ihn und fragte: „Was gibst du neues, John?“ (Londoner Arbeiter nennen den früheren Minister nicht John oder Jack.) „Krieg“, war die lakonische Antwort. „Ich bin zurückgetreten.“ „Und wie wird es enden?“ fragte der Schaffner. „Ert Wehrpflicht, dann Schutzgoll und schließlich Revolution“, war die Antwort. Das war die erste und letzte Äußerung über den Krieg, die John Burns getan hat. Zwei Jahre sind vergangen. Die Wehrpflicht ist zur Wirklichkeit geworden, der Schutzgoll kommt rasch näher, und wer Ohren hat, zu hören, erklärt, er könne schon leise das Rollen der Revolution vernehmen. Eine der bemerkenswertesten Seiten von Burns ist, daß sein Instinkt ihn nie im Stich läßt.“

Amerika bleibt beim eingeschlagenen Kurs.
Amsterdam, 23. September. Neuter meldet aus Washington: Die Regierung gibt deutlich zu erkennen, daß die Antwortnoten der Mittelmächte an den Papst kein Grund sind, um eine Änderung in den Zielen und Absichten Amerikas hinsichtlich der Kriegführung und ebensowenig der definitiven Regelung des Friedens zu bringen.

Lansings Enthüllungen.

Wolffs Bureau meldet: Herr Lansing hat der Kette seiner Enthüllungen, mit denen er die neutralen Staaten gegen Deutschland aufzuheben versucht, ein weiteres Glied angehängt durch die Veröffentlichung eines Telegrammes vom März 1916, in dem von einem deutscherseits in Amerika beabsichtigten Verkauf von Munition und Pulver an eine holländische Kommission die Rede ist.

Der Lärm, den die amerikanische Regierung mit diesem Telegramm macht, und die daran geknüpften Kombinationen sind ganz halslos. Das Telegramm enthält weder etwas Unerlaubtes noch etwas Geheimnis. Die Deutsche Regierung hatte es auf drastischem Weg mit der der Amerikanischen Regierung bekannten, bei den Konsultationen in Saville und Luferton hinterlegten Chiffre nach Amerika gesandt. Als dann in Berlin bekannt wurde, daß der amerikanische Jenseit das Telegramm angehalten hatte, hat das Auswärtige Amt am 29. März 1916 an den amerikanischen Votschafter Gerard eine Note gerichtet, worin das Telegramm wörtlich wiederholt und gegen das Verfahren des Jenseiters Einspruch erhoben wurde.

Die Sachlage war ganz einfach. Es war natürlich, daß Deutschland versuchte, in Amerika Munition und Kriegsgerät anzukaufen. Herr Lansing wird hieran um so weniger Anstoß nehmen können, als die Vereinigten Staaten immer versichert haben, daß sie Deutschland ebenso bereitwillig Waffen und Munition liefern würden wie der Entente. Wenn dann derartige Kriegsmaterial bei der Unmöglichkeit, es nach Deutschland zu bringen, anderen, außerdeutschen Firmen angeboten wurde, so war das eine durchaus einwandfreie, rechtmäßige Transaktion.

Deutsche Erklärung zur Luxemburg-Affäre.

Berlin, 23. September. (W. T. W.) Die deutsche Regierung hat dem argentinischen Gesandten in Verantwortung der Mitteilung, daß Graf Luxemburg wegen des Inhalts seiner Telegramme nicht mehr persona grata sei, erklärt, daß sie das Geschehene lebhaft bedauere; die in den betreffenden Telegrammen ausgedrückten Ansichten des Grafen Luxemburg seien seine persönlichen Ansichten und hätten auf die Entschlüsse und Versprechungen der deutschen Regierung keinerlei Einfluß ausgeübt.

Buenos Aires, 23. September. (Neuter.) Amlich. Die Note Deutschlands erweckt hier Befriedigung (gives satisfaction).
Notiz des W. T. W. Wie wir erfahren, handelt es sich bei dieser Note um die heute bekanntgegebene Erklärung der deutschen Regierung an den argentinischen Gesandten.

Jean Jaurès und Elsaß-Lothringen.

Gegenüber dem unantwärtigen Festhalten der Franzosen an der Forderung, den Krieg bis zur „Desannexion“ Elsaß-Lothringens fortzusetzen, sei noch einmal an die Worte erinnert, die Jean Jaurès in der Jubiläumnummer des „Vorwärts“ vom 31. März 1908 an die deutschen Arbeiter gerichtet hat. In seiner genialen Weise beleuchtete er dort den Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich und trat warm für eine Verständigungspolitik der beiden Länder also ein:

„Die von den französischen Sozialisten betriebene Propaganda für den Frieden und für das Einvernehmen zwischen Frankreich und Deutschland wird in hohem Maße durch die machtvolle, immerzu wachsende politische Tätigkeit der deutschen Sozialdemokratie gefördert, durch die leidenschaftlichen Bemühungen des deutschen Proletariats das politische Recht zu erringen, den Junkern das Wahlrecht abzugewinnen und die feudale Zensursetzung des preussischen Landtags zu schließen... Und wenn das Elsaß durch eine einseitige und großartige Politik ernsthaft zurückgewonnen empfangt, wenn die französische Kultur, die dort mit der deutschen zu harmonischer Verbindung gebracht werden kann, nicht systematisch und brutal unterdrückt würde, wenn die von den deutschen Sozialdemokraten sofort für die Erfassung geforderte Politik der Freiheit und Gerechtigkeit im ganzen Gebiete des Reiches zum Siege gelangte, dann würde auch bald die Stunde schlagen, wo wir die französische Demokratie zu einer dauerhaften, endgültigen Verständigung mit Deutschland bewegen könnten.“

Auf deutscher Seite ist alle Bereitschaft zu dieser Verständigung vorhanden. Die französischen Sozialisten und die ganze französische Demokratie brauchen nur zu Jaurès zurückzukehren.

Die Todesstrafe in Rußland.

Das zaristische Rußland führte die Feldgerichte ein, als es nach der Revolution 1905/1906 sich „nach Ordnung“ sehnte. Flammender Protest und allgemeine Entrüstung war die Antwort der Öffentlichkeit auf die wahnsinnige Justiz der Regierenden, die in ihrer Verblendung so weit ging, daß sie kein Maß wußte und blindlings draufschießende. Hohn und heiligen Jörn riefen „Urteile“ hervor, deren Halslosigkeit dadurch dokumentiert wurde, daß die Todesstrafe zum Teil durch geringfügige Gefängnisstrafen ersetzt wurde.

Auch die Regierung des revolutionären Rußland glaubte das Heil des Landes in der Einführung der Todesstrafe gefunden zu haben, nachdem diese anfänglich aufgehoben worden war. Und nun arbeiten die Gerichte frisch und frohlich, und auch die außergerichtlichen Exekutionen der meuternden Soldaten sind zum Tagesereignis geworden. Ein Telegramm, das die neuesten russischen Zeitungen bringen, fesselt aber unsere Aufmerksamkeit in besonderer Weise an sich. Es meldet, daß im Bereiche einer Armee ein Soldat, namens Kusmin, für den Diebstahl von 15 Kopejeln aus einem Garten zum Tode verurteilt wurde, daß aber der Regierungskommissar bei der Einreichung des Urteils zur Konfirmation den Antrag stellte, die Todesstrafe möge durch eine sechsmonatige Gefängnisstrafe ersetzt werden. In der Bewertung des menschlichen Lebens treffen sich das zaristische und das revolutionäre Rußland! Vergangene Fehler rächen sich, denn die Logik der Tatsachen ist härter als der Wille und die schönsten Absichten — sogar der revolutionären Demokratie!

Die Bolschewiki gegen die Gewalt.

In dem in Stockholm erscheinenden „Boten der russischen Revolution“ redigiert Lenin sein Verhalten in den kritischen Julitagen. Er weist darauf hin, daß die Bolschewiki am 15. Juli ein Grenadierregiment von Demonstrationen abhielten, daß sie sich nur bemühten, die spontane Bewegung in geordnete Bahnen zu leiten und ihren friedlichen Charakter aufrechtzuerhalten, und daß sie in der Nacht zum 17. Juli einen Aufruf zur Beendigung der Demonstrationen versahen. Lenin fordert den Staatsanwalt auf, seine Anklage besser zu fundieren und ersucht jene Petersburger Bürger, die Zuhörer seiner Reden waren, zu bezeugen, daß er bei aller Gegnerschaft gegen den imperialistischen Krieg keine Gewaltanwendung gepredigt hat. „Unsere Partei hat ihre verdamnte Pflicht und Schuldigkeit getan, als sie mit den ganz berechtigten enttäuschten Massen am 17. Juli ging und sich bemühte, dieser Bewegung einen organisierten und friedlichen Charakter zu verleihen.“ Das Ziel der Bolschewiki sei ausschließlich gewesen, mit friedlichen Mitteln den Uebergang der Regierungsgewalt in die Hände des Sowjets zu erreichen.

Vernichtungskampf gegen die Juden in Rumänien.

Die Berliner „Jüdische Rundschau“ vom 21. September veröffentlicht einen Bericht aus Petersburg über die grausame Behandlung der Juden durch die rumänische Regierung. Wir entnehmen dem ausführlichen Bericht die folgenden Tatsachen: Die rumänische Regierung, mit Herrn Bratianu an der Spitze, führt gegen die Juden einen förmlichen Vernichtungskampf. Namentlich in den Rückzugstagen der rumänischen Armee sind nach dem Zeugnis des russischen Volkshatens in Jassy Polkowsky-Rosell Ausschreitungen gegen eine große Zahl von rumänischen Juden begangen worden. Jeder Rückzug der rumänischen Truppen kostete rumänischen Juden oder Kreise das Leben. Die angefeindeten Juden wurden ohne Grund der Spionage verdächtigt und ins Gefängnis gesteckt. Der bekannte russische Schriftsteller Korolenko erzählte z. B. von einigen russischen Offizieren, daß 34 jüdische Soldaten in Bacau auf Urteil des Feldgerichts gehängt wurden. Sie waren der Fahnenflucht angeklagt. In Wirklichkeit waren diese Soldaten, die von ihrem vernichteten Regiment übrig geblieben waren, so lange umhergeirrt, bis sie das nächste Militärquartier erreicht hatten. Ihren Angaben wurde aber nicht geglaubt und sie wurden verdächtigt, sich freiwillig in die Gefangenenschaft begeben und jetzt als Spione von Deutschland nach Rumänien geschickt zu sein. Unter den zahlreichen Erschossenen befinden sich auch sieben aktive jüdische Sozialdemokraten, darunter der angefehene Sozialist Dr. Wechsler. Herr Bratianu erklärte die Hinrichtungen der jüdischen Soldaten für gerechtfertigt und bestritt die Zahl der Getöteten. Im ganzen seien 14 Juden gehängt worden, unter etwa 100 Nichtjuden, von denen die meisten allerdings nicht rumänische, sondern feindliche Soldaten waren. Als der belgische Sozialistenführer Vandervelde kürzlich die rumänische Front besuchte, bemühte er die Gelegenheit, die rumänischen Nachhaber auf die Stimmung in Rußland gegen die rumänischen Judenverfolgungen hinzuweisen. Sofort nach der Rückreise Vanderveldes veröffentlichte die rumänische Militärmacht am 15. Juni folgendes Communiqué: „Der Militärmacht ist zur Kenntnis gekommen, daß in der Stadt Personen vorhanden sind, die bei unseren Verbindungen falsche Nachrichten über die politische Lage in Rumänien verbreiten. Die betreffenden Personen werden vor ein Militärgericht gestellt werden.“

Zur Kriegslage.

Berlin, 23. September. (W. T. W.) Der dritte Tag der neuen Flandernschlacht ist vorüber gegangen ohne daß es zu weiteren englischen Großangriffen kam. Am 22. September blieb das Artilleriefeuer bis 10 Uhr vormittags auf der ganzen Kampffront mächtig und verstärkte sich erst von da ab zwischen Lange-mars und Hollerbeke. Um 5 Uhr nachmittags war nordöstlich Opren eine neuerliche Verstärkung des Feuers zu bemerken, das um 6 Uhr zum Trommelfeuer anschwoll. Augenscheinlich war eine größere Angriffsdaktion geplant. Infolge der erfolgreichen

Deutschen Abwehrwirkung kam es jedoch nur durch St. Julien zu Teil angriffen, die überall abgewiesen wurden. Um 10 Uhr abends flaute auch das Artilleriefeuer überall wieder ab. Wenn die englischen Berichte voll davon sind, daß es nunmehr gelungen sei, der deutschen Verteidigungsmethode durch ein neues wirksames Angriffssystem zu begegnen, so stehen die äußerst geringen positiven englischen Erfolge zu dieser Behauptung in seltsamen Gegensatz. Die Fliegeraktivität war außerordentlich reger. Deutsche Geschwader brachten unter anderem bei Poperinghe einen Munitionszug sowie mehrere Schuppen durch Bombenwürfe zur Explosion.

Im Artois und bei St. Quentin herrschte lebhafteste Artillerie- und Patrouillenaktivität. Mehrfach brachten die deutschen Patrouillen Gefangene ein. Bei Bernot an der Lise bewarfen feindliche Flieger ein Lazarett mit Bomben. Mehrere Soldaten und eine Schwester wurden getötet oder verwundet.

An der Aisne bei Herfelle Reims und in der Champagne war die Feueraktivität zeitweise lebhaft. Deutschen Patrouillen gelangten zahlreiche Vorstöße. Unter anderem stieß westlich der Champagne-Nerme ein deutscher Stoßtrupp bis weit in die französischen Gräben vor und kehrte mit 15 Gefangenen und 1 Schnellladegewehr zurück. An der Verdun-Front hat die Feueraktivität wieder zugenommen. Die Abwehraktivität der deutschen Batterien und Luftgeschwader fügte den Franzosen schwere Verluste zu. In und hinter den französischen Stellungen wurden zahlreiche Brände und Explosionen beobachtet. Ein deutscher Bombengeschwader setzte den großen französischen Munitions- und Pionierpark bei Landrecourt in Brand.

Englischer Seeresbericht vom 22. September.
Beträchtliche deutsche Kräfte machten gestern Abend an der Sperr-Front einen Gegenangriff ohne weiteren Erfolg als eine bedeutende Erhöhung der feindlichen Verluste zu erzielen. Ein harter Angriff in dichten Formationen auf breiter Front östlich St. Julien führte zu dem Ergebnis, daß der Feind auf eine kurze Strecke in unsere neuen Stellungen einbrang. Er wurde jedoch durch einen Gegenangriff nach zweifundigem erbitterten Kampf vollkommen wieder hinausgeworfen. Unsere ganze Linie ist unversehrt. Die feindlichen Verluste sind außergewöhnlich ernst. Während der Nacht griff der Feind mit starken Kräften auf beiden Seiten der Straße Sperr-Menin an. Er wurde vollkommen zurückgeschlagen. Feindliche Gegenangriffe bei Langemard wurden durch unsere Artillerie gebrochen.

Neutraler Schiffsraum für die Entente.

Haag, 23. September. Aus Washington wird gemeldet: Es bestehen Anzeichen dafür, daß 400.000 Tonnen neutralen Schiffsraums, der sich gegenwärtig in amerikanischen Häfen befindet, zum größten Teil verfügbar werden wird, um Güter der Alliierten zu transportieren. Die Schiffe sollen zwar nicht beschlagnahmt werden, der Dienst der Schiffe soll jedoch so eingerichtet werden, daß die Schiffe dem amerikanischen Verkehr dienen. Die ausländischen Reedereien sind mehr denn je bereit, sich den Wünschen der amerikanischen Regierung zu fügen. Soweit es auf Holland ankommt, hat die niederländische Regierung bereits kategorisch erklärt, daß sie diese mehr oder weniger gewalttätige Aufforderung, die niederländischen Schiffe herauszugeben, ablehnt.

Reichstag.

Der Reichstag tritt, wie schon wiederholt gemeldet, am 26. September zusammen. Der durch einen Druckfehler entstandene Zeitartikel unserer gestrigen Ausgabe ist daher in seiner Eingangszeile richtig zu lesen: Wenn der Reichstag Mittwoch wieder zusammentritt usw.

Eine Massenpetition der Kriegsbeschädigten an den Reichstag.

Man schreibt uns:
Eine Statistik aus dem Rheinlande hat jüngst ein großes Licht auf die Notlage der gänzlich erwerbsunfähigen Kriegsinvaliden geworfen. Eine Umfrage, die daraufhin von einer größeren Gruppe von Kriegsbeschädigten veranstaltet worden ist, ergab, daß auch größere Massen der nur teilweise erwerbsunfähigen Kriegsbeschädigten trotz der gegenwärtigen Hochkonjunktur auf dem Arbeitsmarkt in ganz unwürdigen Verhältnissen leben. Teilweise wurde geradezu erschütterndes Material zutage gefördert. Dies Ergebnis hat bei den Kriegsbeschädigten den Gedanken reifen lassen, eine Eingabe an den Reichstag um allgemeine Erhöhung der Kriegrenten zu richten. Hierfür will man die Unterschrift möglichst aller Kriegsbeschädigten gewinnen, welche die heutigen Renten angesichts der kolossalen Entwertung des Geldes für unzureichend halten. Die Kriegsbeschädigten betrachten den jetzigen Notbehelf gelegentlicher Zusatzrenten als unzureichend und sehen nur in der sofortigen und erheblichen allgemeinen Erhöhung der Kriegrenten eine wirkliche Abhilfe.
Kriegsbeschädigte, die sich diesem Vorgehen anschließen wollen, können Petitionslisten zur eigenen Unterschrift und zur Werbung weiterer Unterschriften beziehen von der Geschäftsstelle der Kriegsbeschädigten, Berlin SW. 68, Lindenstraße 114, III.

Nationalliberale Kampfansage an die Reichstagsmehrheit.

Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei hat am gestrigen Sonntag nach Referaten der Abg. Stresemann und v. Calder eine Entschließung angenommen, die im Gegenfall zur Fraktionserklärung vom 19. Juli den Geist der schärfsten Kampfbereitschaft gegen die Reichstagsmehrheit atmet.

Die Entschließung verweist auf die Behandlung des deutschen Friedenswillens durch den deutschen Kaiser am 12. Dezember v. J. und wendet sich mit Entschiedenheit gegen fortgesetzte Bekundungen des Friedenswillens. Der Mehrheitsbeschluss des Reichstags vom 19. Juli wird als „schwere Gefahr für die deutsche Zukunftsentwicklung“ bezeichnet und der Fraktion wird dafür gedankt, daß sie diese Entschließung einstimmig (?) ablehnte. Weiter heißt es wörtlich:

Deutschlands zukünftige Sicherheit kann nicht allein auf Völkerverträgen beruhen, sondern muß auf deutsche Macht und Stärke gegründet sein. Ohne Nachterweiterung in Ost und West und Sicherung der weltpolitischen Stellungen über See und ohne ausreichende Kriegschadigungen würden wir keine Sicherheit gegen künftige Bedrohungen unseres Lebens haben und politisch und wirtschaftlich um Jahrzehnte zurückgeworfen sein. Die militärische Lage gibt uns die Gewähr, daß Deutschland als Sieger den notwendigen besseren Schutz erhalten und die politische und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands gesichert wird.

Der Zentralvorstand lehnt die Übertragung des parlamentarischen Systems ab, verlangt aber ein engeres und vertrauensvolleres Zusammenarbeiten zwischen Reichstag und Regierung.

Eine weitere Entschließung besagt:

Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei lehnt jede Auflösung der sogenannten elsass-lothringischen Frage während des Krieges und bei den Friedensverhandlungen ab.

Die Rede, die Herr Stresemann hielt, war ganz im Sinne der angenommenen Resolution gehalten und wandte sich mit besonderer Schärfe gegen die Abrüstung.

Am 19. Juli hatte Prinz Schönau-Carolath kurz die Ablehnung der Mehrheitsresolution durch die nationalliberale Fraktion erklärt, aber hinzugefügt:

„Gegen uns wird bereit, auf der Grundlage eines verständigen Ausgleichs mit unseren Feinden zu verhandeln, sobald auch diese einen solchen Frieden wollen, der dem deutschen Volke die freie Entwicklung sichert und der die dauernde Versöhnung der Völker anbahnt.“

Aus dieser Gegenüberstellung kann man erkennen, wie groß der Schritt ist, den die nationalliberale Partei durch den gestrigen Beschluß vollzogen hat. Die Schwerindustrie hat gesiegt, und die Partei ist mit fliegenden Fahnen in das Lager der Alldeutschen übergegangen. Die Folgen dieser Wendung können sehr bedeutend sein, sie werden aber dem Deutschen Reich und der nationalliberalen Partei in keiner Weise nützlich sein.

Behördliche Werbung für die Vaterlandspartei.

In den letzten Tagen sind uns zahlreiche Beschwerden von den verschiedensten Seiten und aus den verschiedensten Kreisen zugegangen, in denen allen der gleiche typische Vorgang geschildert wird. Der Herr Vorgesetzte veranstaltet unter seinen Untergebenen eine Umfrage, wer von ihnen die Gründungsverammlung der „Deutschen Vaterlandspartei“ (die heute Abend in der Philharmonie stattfindet) besuchen will. Da eine zustimmende Antwort vorausgesetzt wird, werden den Untergebenen sodann die Eintrittskarten eingehändigt, auf deren Rückseite sich bereits auch der Vordruck der Beitrittsmeldung befindet. In verschiedenen Briefen, die geradezu wie Notkreie klingen, werden wir gefragt, was sich gegen solche Zwangs-Einladungen tun lasse. Wir antworten darauf, daß niemand gezwungen werden darf, einer politischen Partei beizutreten und daß kein Mensch, der auf Ehre hält, sich dazu zwingen lassen darf.

Die „Deutsche Vaterlandspartei“ ist von einem Staatssekretär begründet worden, der im Unfrieden aus der Regierung ausgeschieden ist, und von einem Beamten, den der frühere Reichskanzler als einen „Verräter der öffentlichen Meinung“ bezeichnet hat. Daß eine von solchen Herren gegründete Oppositionspartei das Recht auf freieste Betätigung hat, das zu befreien sind wir die allerletzten. Aber ein amtlicher Druck zugunsten einer Partei, sei sie Regierungs- oder Oppositionspartei, ist unzulässig, und wenn er zugunsten einer Oppositionspartei ausgeübt wird, so ist das ein Stück, das geradezu schwachhaft komisch wirken müßte, wenn nicht die Zeit und die Sache selbst dazu viel zu ernst wäre.

Das Tollste ist, daß man einen gelinden Zwang zu politischer Betätigung in der gekennzeichneten Richtung auch auf Personen ausüben sucht, die gerade durch ihre dienstliche Stellung dem politischen Getriebe entrückt sein sollen. Hierüber wird im Reichstag noch weiter zu sprechen sein.

Eine Kundgebung für die 7. Kriegsleihe.

In der „Philharmonie“ wurde gestern eine Kundgebung für die neue Kriegsleihe veranstaltet, bei der Reichstagssekretär Graf Roderer die Hauptansprache hielt. Er sagte u. a.:

„Die Zeit nach dem Kriege, sie erscheint jetzt manchem bedenklicher als der Krieg selbst. Auch diesem Kleinmut werden Sie zu begegnen haben. Man hört in der Vorbereitung auf die Fragen, sind die Kriegsleihe zinsen gesichert und werden wir die nötigen Summen für sie aufbringen können? Die Anleihen sind gesichert, formell durch das Versprechen von Regierung und Reichstag, durch den unerschütterlichen Willen beider, gerade denen gerecht zu werden, die dem Vaterland in schwerer Zeit geholfen haben, materiell durch das, was hinter ihnen steht, die Arbeits- und Steuerkraft des ganzen deutschen Volkes.“

Dann sprach noch Admiral Hebinghaus, der versicherte, der uneingezeichnete U-Boot-Krieg sei besser gewesen als die Erhaltung des Friedens mit Amerika. Nicht alle, die Kriegsleihe zeichnen, werden dem Admiral auf dieses Gebiet folgen wollen.

Ein Schrei nach Zensur.

Der agrarische Wanderredner Dr. Schmidt-Gibichensfeld, der schon im Juli gegen die Sozialdemokratie die Anwendung von Maschinenwaffen empfahl, tobt in der neuesten Nummer seiner „Politisch-Anthropologischen Monatschrift“ abermals heftig gegen die „inneren Feinde“ und die „vaterlandsfeindliche Bewegung“, die im Innern die Geschäfte des äußeren Feindes besorge. Zur Eindämmung dieser Bewegung empfiehlt er diesmal unter Umständen Kräfte der Zensur. Die sollte das ganze Volk nach der alldeutschen Weise tanzen lehren. Und so stellt Herr Schmidt das Ei des Kolumbus auf den Tisch:

Nun — ganz einfach: man brauchte nur den Teil der Presse und sonstigen öffentlichen Meinungsmaße, der während des Krieges in unbeeinträchtigt, oder — vom Standpunkte der inneren Feinde — nur zu begreiflicherweise in seinem Einflusse auf das Volk zurückgedrängt worden ist, mit all der unserer Regierung noch immer — trotz alles absichtlichen Abbaus — zur Verfügung stehenden Autorität in den Vordergrund zu stellen und die Gegenwirkung, die unter der früheren Reichsregierung nicht nur geduldet, sondern geradezu begünstigt wurde, jetzt endlich auf das gesetzlich zulässige Maß zu beschränken. So etwas hat während des Krieges keine Schwierigkeit und ist unter Herrn von Bethmann-Hollweg nur zu oft, leider aber in einem ganz falschen Sinne und an ganz falscher Stelle geschehen. Es müßte endlich einmal im richtigen Sinne und an den richtigen Stellen geschehen.

Die Hefte, worin dies steht, tragen das Zeichen: Zensiert vom Oberkommando in den Marken.

Der Antisemitengeneral.

Zu dem Ruf des Generals a. D. H. v. Goltz gegen den „Judenfrieden“, den wir vorgestern einer Besprechung unterzogen, wird uns noch geschrieben:

Die symptomatische Bedeutung des von Herrn v. Goltz erhobenen Kampfrufs gegen die Juden kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Es handelt sich nicht um den willkürlichen Vorstoß eines Einzelnen, sondern um die Bereitwilligkeit eines Mannes, der sein Pulver nicht halten kann. Der zweite Vorgesetzte der Alldeutschen hat damit vorzeitig einen Plan enthüllt, der längst sorgfältig vorbereitet ist und im geeigneten Augenblick durchgeführt werden soll. Was geplant wird, ist eine Judenhege

größten Stills, zu der längst mit Eifer Material gesammelt wird. Kein Händler mit jüdisch klingendem Namen, der sich gegen die Kriegswucherbestimmungen vergangen hat, ist da vergessen, während natürlich gleichgerichtete Taten der „germanischen“ Konkurrenz mit dem Mantel christlicher Nächstenliebe bedeckt werden. Gewinnen die Kreise, die jetzt „für des Reiches Macht und Herrlichkeit“ mit Jungs und Federn kämpfen, die Oberhand, dann wird die jüdische Bevölkerung Deutschlands über den Lohn staunen, der ihr für das Blut, das sie zur Verteidigung des Vaterlandes vergossen hat, zuteil werden wird! Aber eigentlich ist zum Staunen kein Grund, denn jede reaktionäre Hege trägt die Tendenz zum Antisemitismus in sich, vom hypernationalistischen Hurra zum pragmatischen Hepp Hepp ist nur ein kleiner Schritt!

Kein Hafer mehr für Luxusperde.

Die „Mitteilungen des Kriegsernährungsamtes“ bringen einen längeren Aufsatz, in dem es heißt:

Endlich sieht die Reichsfuttermittelstelle bis zum 20. Oktober einer Anzeige darüber entgegen, wieviele der im Kommunalverband gehaltenen Einheuler nicht in landwirtschaftlichen Betrieben oder in Gewerbe, Handel und Industrie in kriegswirtschaftlich wichtiger Weise tätig sind. Das in § 2 Absatz 3 Satz 2 der Verordnung vom 10. September ausgesprochene Verbot, diesen Tieren Körnerfutter zu zumeilen, empfiehlt sich besonders bei Beachtung des Halters von Tieren, die hiernach nicht mit Körnerfutter zu versorgen sind, werden besonders scharf dahin zu überwachen sein, daß sie sich nicht Körnerfutter im Wege des Schleichhandels verschaffen.

Eine Statistik wäre interessant, wie viel Hafer, der ein ausgezeichnetes Kindernährmittel abgibt, in den ersten drei Kriegsjahren von Luxusperden aufgefressen worden ist.

Die große Zeit.

Einer Arbeiterfrau, die im Gemeindevorstand von Waldsied bei Freiburg i. S. Holz gesammelt hat, wurde ein Strafbescheid mit folgendem Text zugeestellt:

„Frau Clara Ganter hat am 18. Juni 1917 aus dem Gemeindevorstand Waldsied aus Art. 123 eine Traglast dürre Tannenäste im Werte von 10 Pf. entwendet. Die Strafe lautet auf 1 M. ev. einen Tag Gefängnis.“

Der Mann der Traglasten steht seit drei Jahren im Felle; sie selbst hat vier kleine Kinder über Wasser zu halten. Ähnliche Strafzettel sollen in größerer Anzahl ausgestellt worden sein. Unsere Bureaukratie verzieht die Zeit der Holz- und Kohlennot wirklich großzügig für den Fiskus auszugeben.

Schuhfabrikanten und Schuhwucher.

Der Verband der Schuh- und Schäftefabrikanten hielt am Sonnabend in Frankfurt a. M. seine diesjährige Generalversammlung ab, die sich in der Hauptsache mit den Angriffen beschäftigte, die in der letzten Woche in der Tagespresse erschienen sind.

Kommerzienrat Simon Wallerstejn, der Vorsitzende des Ueberwachungskomitees, versuchte in längeren Ausführungen den Nachweis zu erbringen, daß die heutigen Preise durchaus angemessen seien, sie ließen den Schuhfabrikanten einen Nutzen von kaum 8 Proz. Die hohen Dividenden einzelner Aktiengesellschaften erklärten sich dadurch, daß diese vom Kapital und nicht vom Umsatz berechnet würden. Man dürfe auch nicht vergessen, daß Futurstoffe, Nähgarn, Schnürseil, Klebstoffe usw. um das Fünffache bis Zehnfache im Preise gestiegen seien und daß man oft für das Leder viel mehr bezahlen müsse, als gesetzlich vorgeschrieben sei. Wenn der Redner darauf hinwies, daß ein Paar Stiefel, das in Friedenszeiten 12,50 M. gekostet haben, jetzt 27—28 M. koste, und ein Paar, das 16,50 M. gekostet habe, jetzt 30—35 M., so verzog er dabei anzugeben wo man solche Stiefel erhalten kann. (Unser Berichterstatter mußte kürzlich in einem Berliner Geschäft 57,75 M. für ein Paar einfache genähte Stiefel bezahlen.)

Der zweite Teil der Tagung beschäftigte sich mit der Zwangsfinanzierung in der Lederindustrie und die Tätigkeit des Ueberwachungskomitees, der verschiedentlich angegriffen und zu autoleatisch bezeichnet wurde.

Zusammenfassend möchten wir bemerken, daß sich auch hier das alte Spiel wiederholt, das wir seit Kriegsbeginn gewohnt sind: jeder sucht seine hohen Preise mit den hohen Preisen des andern, auf den er angewiesen ist, zu rechtfertigen. Der leibtragende Teil ist immer die Bevölkerung. Was man in der Versammlung zwischenüber über die Ausichten der künftigen Schuhherstellung hören konnte, ist wenig hoffnungsvoll, denn auch die Beschaffung von Erbschaften, die in Verbindung mit einer Holzschale zu Schuhen verarbeitet werden könnten, steht auf großer Schwierigkeiten.

Die unteren Post- und Telegraphenbeamten

hatten vom 20.—22. d. Mts. in Berlin ihren 7. Verbandstag. Der Generalsekretär Kemmerer referierte über die Aufgaben des Verbandes nach dem Kriege. Er kritisierte die Unzulänglichkeit der Feuererzulagen. Auch in der Ernährungsfrage sei die Forderung mit durchreisenden Mägeln zur gleichmäßigen Ernährung der Bevölkerung bitter empfunden worden. Die unteren Postbeamten stehen unter dem Eindruck, daß regierungsfreudig nicht die genügende Energie entfaltet worden sei, für eine ausreichende Ernährung der Verkehrsbeamten während des Krieges einzutreten. Die höheren und unteren Beamten stehen unter einem ihren Aufstieg hemmenden Trude. Die unteren Postbeamten leiden unter dem Mangel einer Aufstiegsmöglichkeit. Die Einstellung von Postleuten sei wünschenswert. Die etatsmäßige Anstellung müsse früher und nach einem bestimmten Zeitpunkt erfolgen. Sie dürfe nicht von den Schwankungen der jeweiligen Finanzlage abhängig sein. Die Trennung der Beamten in Beamte und Unterbeamte sei unzeitgemäß und sollte je eher je besser beseitigt werden. Alle diese Wünsche werden in einer Denkschrift dem Reichspostamt durch eine Abordnung überreicht werden.

Letzte Nachrichten.

Die Krise im Sowjet.

Petersburg, 23. September. (Mitteilung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In der Vollversammlung des Arbeiter- und Soldatenrates brachten die sozialdemokratisch-minimalistische und die revolutionär-sozialistische Partei eine Entschließung in Vorschlag des Inhalts, daß die am 18. September gefasste maximalistische Entschließung lediglich rein zufällig angenommen worden sei und daß der Arbeiter- und Soldatenrat von Petersburg volles Vertrauen zu seinem Bureau habe. Diese Entschließung wurde in namentlicher Abstimmung mit 519 gegen 418 Stimmen abgelehnt, während 57 Abgeordnete abwesend waren. Der Präsident des Arbeiter- und Soldatenrats Tschibische erklärte, daß die Mitglieder des Bureaus ihr Amt niederlegten.

